

Johannes Kleen
Fraktionsvorsitzender

SPD Kreistagsfraktion ~ Fischteichweg 7 – 13 ~ 26603 Aurich

Aurich den 03.06.24

An den Landrat Olaf Meinen
Landkreis Aurich

Appell des Landkreises Aurich zur Situation der Rettungssanitäter

Sehr geehrter Herr Meinen,

die SPD-Kreistagsfraktion beantragt folgenden Appell zur Beratung auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 17.06.24 zu nehmen:

Der Kreistag des Landkreises Aurich fordert die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgebervertreter (VKA) auf, in den laufenden Tarifverhandlungen die durchschnittliche Wochenarbeitszeit im kommunalen Rettungsdienst von derzeit 48 auf 42 Stunden zu reduzieren.

Hintergrund

Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sieht explizit für den Rettungsdienst eine 48- statt der sonst üblichen 39-Stunden-Woche vor. Diese Arbeitszeitverlängerung wurde bei Inkrafttreten des TVöD vor rund 20 Jahren mit dem hohen Anteil an Bereitschaftszeit, also dem „Warten auf Einsätze“, gerechtfertigt. Diese gibt es heute jedoch kaum mehr: Zwischen 1995 und 2016 haben sich die Notfalleinsätze in Deutschland mehr als verdoppelt. Im Landkreis Aurich sind sie allein von 2021 bis 2023 um nochmals 10% gestiegen und Prognosen gehen von einem zusätzlichen Einsatzaufkommen von weiteren rund 30% bis 2032 aus. Auch die Dauer der Einsätze hat insbesondere aufgrund langer Transportwege wegen abgemeldeter Kliniken deutlich zugenommen: Im Dezember 2022 beispielsweise konnten 77% der Krankenhäuser in Deutschland zeitweise nicht vom Rettungsdienst angefahren werden.

Durch die Zunahme von Einsatzzahlen und Einsatzdauer arbeiten die Beschäftigten im Rettungsdienst inzwischen oftmals an ihrer Belastungsgrenze. Zudem sind Wochenarbeitszeiten von durchschnittlich 48 (und regelmäßig bis zu 60) Stunden nicht mehr zeitgemäß und zumutbar, wenn in anderen Branchen bereits 35 Wochenstunden die Regel sind.

Um einen zukünftigen Personalmangel entgegen zu wirken und wettbewerbsfähig zu bleiben müssen die Rahmenbedingungen sich ändern. Andere Arbeitgeber haben darauf bereits reagiert: so senkt z. B. das DRK - als größter Arbeitgeber im Rettungsdienst - die Wochenarbeitszeit von derzeit 44 weiter auf 42 Wochenstunden bis 2028.

Nach mehrjährigen Bemühungen der Beschäftigten finden derzeit auch für den kommunalen Rettungsdienst Verhandlungen statt. Statt der von der Gewerkschaft ver.di geforderten

schrittweisen Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden bis 2028 bietet die VKA lediglich eine 44-Stunden-Woche ab 2028 an. Dieses Vorgehen der kommunalen Arbeitgebervertreter ist jedoch nicht nachvollziehbar: Abgesehen davon, dass nur eine deutliche Reduzierung der Arbeitszeit die Beschäftigten entlastet und den kommunalen Rettungsdienst wieder zu einem attraktiven Arbeitgeber macht, werden die entstehenden Mehrkosten von den Krankenkassen refinanziert, schlagen in den Kommunen also nicht einmal zu Buche.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Kleen